

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
Ausgaben: die Zeitungs- oder deren Name in Morgenblatt 15 Pf., in Abendblatt und Merkmalen 30 Pf.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 4. Januar. Der Kultusminister Dr. Voss hat neuerdings eine Erhebung darüber angeordnet, welchen Ertrag jeder einzelne preussische Kreisphysikus aus seiner amtswirtschaftlichen Stelle zieht. Die Erhebung bezieht sich auf Einnahmen jeder Art, die irgendwie mit der Physikatstelle in Verbindung stehen. Z. B. wird nachgefragt, wieviel der Physikus für die Ausstellung von Attesten für Privatleute, zu denen er außeramtlich veranlaßt wurde, vereinnahmt hat. An anderer Stelle der ministeriellen Umfrage wird Auskunft darüber verlangt, ob der Physikus nebenamtlich als Arzt an Staatsanstalten, wie Gefängnissen, Wärdern und welches Gehalt er dafür bezieht. Angegeben werden sollen auch die Aufwendungen des Ministers die einschlägigen Zahlen für jedes der letzten fünf Rechnungsjahre. Die Umfrage ist offenbar unternommen worden, um das Ergebnis derselben als Material für die Neuordnung der preussischen Medizinalverwaltung zu benutzen. Wie mehrfach mitgeteilt wurde, befehlet bei der Staatsregierung die Absicht, die Kreisphysiker nach Möglichkeit so hoch zu besolden, daß sie auf die Ausübung der privaten Praxis verzichten können. Es hat allen Anschein, als meine man, es sei damit die schwierige Frage der Reform der preussischen Medizinalverwaltung mit einem Schlage gelöst. Eine solche Annahme ist aber ein schwerer Irrthum. Es ist vorerst sehr fraglich, ob die erfahrungsgemäß sehr auf beschäftigten Physiker sich bereit finden werden, auch bei nicht unbeträchtlicher Erhöhung ihrer Gehälter auf die private Praxis zu verzichten. Ohne Zweifel hat die Mehrzahl der Kreis-Physiker eine Gesamt-Einnahme, die an Höhe das Gehalt eines Regierungs-Medizinalrats (höher als diese würde man doch keineswegs die Physiker besolden) erheblich übersteigt. Viel dringlicher ist, daß man die Stellung des Physikers innerhalb der Medizinalverwaltung von Grund aus ändert. Gegenwärtig ist der Kreis-Physikus wenig mehr als der medizinisch-technische Beirat des Landrathes. Eigene Initiativen steht ihm nach dem Wortlaute des Gesetzes nicht zu. Wenn trotzdem während der jüngst drohenden Choleraepidemie die Physiker, zumal diejenigen in den bedrohten Ostbezirken, bei der Organisation der Schutzmaßnahmen gegen die Seuchpraktiken von Belang erreicht haben, so ist dies lediglich auf den ganz zufälligen persönlichen Einfluß des Einzelnen in seinem Kreise zurückzuführen, wenn man davon absieht, daß im Hinblick der Gefahr die Kreisbehörden bereitwilliger zur Bewilligung von Geldmitteln waren, als wohl sonst. Einer oder der andere Kreisphysikus hat, wie aus Berichten in der „Zeitschr. f. Medizinalbeamte“ herzuergibt, sogar Baracken bauen lassen, ehe dafür die Kosten bewilligt waren, ganz auf eigene Gefahr hin. Was schließlich noch einer Aenderung bedarf, das ist die Vorbildung unserer Physiker. Ursprünglich verlangte man von den beamteten Ärzten, ihrer vormaligen Aufgabe entsprechend, vorwiegend Kenntnisse in der gerichtlichen Medizin. Die Anforderungen hinsichtlich des Wissens in der Medizinalpolitik gingen wenig über die Kenntnis der Formalien hinaus. Später in der Mitte der 70er Jahre ging man dazu über, die fachwissenschaftliche Bildung der Physiker dadurch zu vertiefen, daß man in die Physikatprüfung einen eigenen Abschnitt für pathologische Anatomie mit einschloß. Seitdem sind aber die Anforderungen an einen Sachkundigen in der Gesundheitspflege, der doch der Kreisphysikus sein mag, wesentlich gestiegen. Unerlässlich ist für ihn eine genaue Kenntnis der experimentellen hygienischen Methoden, sowohl der physikalisch-chemischen, wie auch der bakteriologisch-chemischen. Wie es damit aber gegenwärtig bestellt ist, das erweist das sicherlich einwandsfreie Urtheil des Hygiene-Professors Dr. Rubner von der Berliner Universität, der (Klinisches Jahrbuch, Band 2.) darüber klage führt, „daß auf eine befriedigende Durchbildung der Physikat-Lerzte in hygienischer Beziehung nicht Bedacht genommen wird“ und verlangt, daß im Physikat-Examen auch praktische Hygiene geprüft werden soll. Auch die ministerielle Verfügung der letzten Tage, wonach die bakteriologische Untersuchung choleraverdächtiger Fälle nur den Hygiene-Anstalten und den militärischen Sanitätsämtern übertragen werden sollen, und nicht den Physikern, ist hier heranzuziehen.

Gedankens aber darf dreist als die Vorbedingung einer solchen bezeichnet werden. Es ist auffallend, daß auch über diesen Punkt von der Regierung bis jetzt kein Wort des Entgegenkommens vernommen wird. Daß sie ihren Standpunkt bezüglich der Höhe der Präsensziffer nicht vorzeitig aufgeben will, begreift sich; um so zweckmäßiger aber dürfte es für sie sein, durch eine entgegenkommene Aenderung über die gesetzliche Garantie der zweijährigen Dienstzeit die trübe Atmosphäre, in welcher nächste Woche die Kommissionsverhandlungen beginnen werden, ein wenig aufzuhellen. Was kann nicht wissen, wie lang sich die Verhandlungen über die Militärvorlage hinziehen. Es wird vielfach für wahrscheinlich gehalten, daß auch in der Kommission die Entscheidung nicht wesentlich gefördert werden, sondern erst in der zweiten Plenarberatung sich vollziehen wird.

In einer Besprechung der Neujahrs-Ansprache des Kaisers sagt die „Ab. Kor.“: Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß der eine oder andere General — namentlich derjenige, dessen Name vielfach in Verbindung mit der Deposition des Fürsten Bismarck genannt wird — den Gegensatz gegen die Vorlage in einer Weise behauptet hat, die an maßgebender Stelle eine tiefergehende Entrüstung hervorgerufen hat. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß der Kaiser die Gelegenheit des Empfanges der kommandirenden Generale benützte, den Gedanken, daß er aus sachlichen Gründen an der dem Reichstage gemachten Vorlage irre werden könnte, mit größter Bestimmtheit zurückzuweisen wird.

Die Reichskriegsflagge ist durch Kabinetts-Befehl vom 19. v. M. geändert, indem der darin befindliche preussische Adler fortan nach dem Muster eines neu entworfenen heraldischen Adlers geführt werden soll. Die vorhandenen Kriegsflaggen mit dem Adler alten Modells sind bis zum 1. Januar 1893 aufzubringen bezw. bis zu diesem Zeitpunkt mit dem neuen Adler zu versehen.

Die Zeitschrift „Der neue Kurs“ bringt einen militärischen Artikel: „Das Ausfallthor von Belfort“. Darin wird auseinandergesetzt, daß 1870 Moltke den höchsten Werth auf den Besitz Belforts legte, für dessen Anexion aber nicht die Unterstützung Bismarcks gefunden habe. Dies bildete einen der Gründe der vielfachen Differenzen und Vermittlungen zwischen Bismarck und Moltke, die niemals beglichen wurden. (2) Der Kauf der Dinge habe Moltke Recht gegeben. Belfort bilde jetzt das Ausfallthor und den Stützpunkt einer großen Offensive Frankreichs nach Süddeutschland. Dabei verlässe Frankreich sich auch auf die wenn auch politisch unberechtigte Auffassung, daß ein energischer Schlag gegen Süddeutschland dies von Norddeutschland trennen werde. Der Artikel schließt weiter die militärische Überlegenheit Frankreichs, Süddeutschland sei in einem nächsten Kriege am meisten bedroht. Diese Gefahr sei in Deutschland längst erkannt, aber ihr voll begegnen könne man nur, wenn wir numerisch stark seien.

Die „Volkstg.“ erzählt über ein ungewöhnliches Einschreiten gegen den Reichstagsabgeordneten Wilsch-Schmalfaben: Am Dezember 1890 erschien aus Anlaß des Wahlkampfes im Reichstags-Wahlkreise Schmalfaben-Schwewe in den „Kass. Nachr.“ ein Artikel, durch welchen sich der Amtsrath Hertwig in Wanfried beleidigt fühlte. Der Staatsanwalt legte den Klageantrag des Herrn Hertwig ab; jedoch erhob der Erste Staatsanwalt zu Kassel unterm 24. September 1892, also fast zwei Jahre nach dem Erscheinen des Artikels, und zwar nicht gegen den Redakteur der „Kass. Nachr.“, sondern gegen den Reichstagsabgeordneten Wilsch-Schmalfaben, den Herr Hertwig für den Verfasser jenes Artikels halten zu müssen glaubte. Herr Wilsch stellte in einem an den Vorsitzenden der Strafkammer I des Landgerichts Kassel gerichteten Schreiben entschieden in Abrede, den inkriminierten Artikel geschrieben zu haben. Die Strafkammer I des Landgerichts in Kassel lehnte durch Beschluß vom 10. Oktober 1892 die Einleitung des Verfahrens gegen Herrn Wilsch ab, weil andernfalls die Strafverfolgung darauf hinauslaufen würde, sämtliche durch die Presse begangenen Beleidigungen in Form der einfachen Beleidigung auch nach Ablauf der sechsmonatlichen Verjährungsfrist der Strafverfolgung zu unterwerfen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Soweit schien die Sache erledigt zu sein. Jetzt macht aber Herr Amtsrath Hertwig in Wanfried der „Volkstg.“ die Mitteilung, daß das Oberlandesgericht in Kassel am 10. Dezember 1892 den Strafkammerbeschuß aufgehoben und das Hauptverfahren gegen den Reichstagsabgeordneten Wilsch wegen Beleidigung eröffnet hat.

Das abgelassene Jahr hat in handelspolitischer Beziehung eine Bedeutung erlangt, wie in diesem Jahrhundert vor ihm wohl nur die Jahre 1860 und 1865, in denen das damalige System der Handelsverträge mit Konventionaltarifen zwischen den meisten europäischen Staaten begründet wurde. Am Anfang des Jahres hat der Abschluß und das Inkrafttreten der Tarifverträge geendet, welche auf Initiative des deutschen Reiches hin zwischen fünf wichtigen Staaten Mitteleuropas vereinbart worden sind. Der Werth dieser Verträge liegt unbestritten viel weniger in der Herabsetzung bestehender Zölle, als in der Sicherung gegen neue Zollerhöhungen in allen beteiligten Ländern. Nur ein leidlicher handelspolitischer Friedenszustand, der eine feste Bürgschaft gegen neue, plötzliche Zollerhöhungen bot, war herzustellen, und diese Aufgabe ist durch das neue System der deutschen Handelsverträge in angemessener Weise erfüllt worden. In vollem Gegensatz hierzu stehen die am Schlusse des Jahres 1892 eingetretenen wichtigen handelspolitischen Ereignisse. Durch die Annahme eines Doppeltariffs und den Ablauf aller Tarifverträge hatte Frankreich seine Absicht, sich zu Gunsten inländischer Schutzpoliten in handelspolitischer Beziehung unabhängig zu machen, d. h. praktisch handelspolitisch zu isolieren, längst unzweifelhaft kundgegeben. Erst bei Neuverhandlung des Verhältnisses mit der Schweiz hat indessen diese Tendenz eine ausfallgebende Bedeutung erlangt. Frankreich hat nunmehr alle eine friedliche Handelspolitik anstrebbende Grundzüge abgeworfen, es ist direkt im Zollkriege mit Italien, mit der Schweiz und mit Spanien, sein Verhältnis mit Belgien steht ebenfalls unmittelbar vor einem Bruch. Diese Entschiedenheit mannigfacher neuer Zollkriege in Europa ist sicher außerordentlich zu bedauern, weil friedliche Vereinbarungen unzweifel-

haft vörsöhnlichen handelspolitischen Abkommen überall die Wege geebnet hätten; aber auch die neuen Zollkriege werden nicht ohne alle Folgen bleiben, weil sie binnen kurzem doch die Nothwendigkeit friedlicher Verständigung überzeugend darthun werden.

Der Abschluß der Reichsbank für das Jahr 1892 wird, wie es selbstverständlich ist, einen geringeren Gewinn ergeben als im Jahre 1891. Soweit sich vorerst übersehen läßt, schreibt die „Nat.-Ztg.“ dürfte das Ergebnis etwa 4,000,000 Mark weniger betragen als im Vorjahr. Der Umsatz im Giroverkehr stellte sich um 3 Milliarden niedriger als im Jahre 1891. Man dürfe annehmen, daß sich die Dividende auf 6 Prozent, vielleicht sogar darunter stellen wird.

Danzig, 3. Januar. (W. T. Z.) Die hiesige Naturforschende Gesellschaft beging heute die Feier ihres 150jährigen Bestehens. Der Oberpräsident Dr. v. Götler begrüßte die Festversammlung namens Sr. Majestät des Kaisers und der königlichen Staatsregierung und überreichte dem Vorsitzenden Professor Dr. Bail den Kronenorden III. Klasse und drei Mitgliedern der Gesellschaft den Orden Albrechts IV. Klasse. Der Provinzialausschuß ließ durch den Landesdirektor Jäckel eine Ehrengabe von 1000 Mark überreichen, den gleichen Betrag spendete das Verlagshaus A. W. Kafemann. Der Oberbürgermeister Dr. Daumbach beglückwünschte die Gesellschaft im Namen der Stadt Danzig und theilte mit, daß in der Großen Allee, einer Schöpfung des Gründers der Gesellschaft, aus städtischen Mitteln ein Denkmal errichtet werden würde. Zahlreiche andere Festgaben und Widmungen und Festzungen, viele Vertreter der Wissenschaft von auswärts haben sich zur Teilnahme an der Feier hier eingefunden. Die Feier währte heute Nachmittag durch ein Festmahl abgeschlossen.

Koblenz, 3. Januar. (W. T. Z.) Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Fernverkehr zwischen Bingerbrück und Bingen eingestellt. Trajetschiff verkehrt nur noch zwischen Bingen und Rüdesheim.

Saarbrücken, 3. Januar. (W. T. Z.) Seit gestern wird in sämtlichen Gruben nur auf einer um 8 Uhr früh beginnenden und Nachmittags 4 Uhr schließenden Schicht gearbeitet, damit die zur Arbeit ansehenden Arbeiter besser beschäftigt werden können.

Hamburg, 2. Januar. Die Dargelegungen, welche aus Anlaß der Cholera eingerichtet wurden, sind nicht in dem Maße in Anspruch genommen, wie man annahm. Allerdings wurden von 1868 Vorprüfungen nur 823 mit 542,000 Mark Darlehen bewilligt. Der Garantiefonds der Rasse beträgt 3 Millionen Mark. Die Verwaltung äußert in einem jetzt erlassenen Bericht, daß „durch das Eingreifen der Rasse eine erhebliche Zahl von Genußbetreibern von ihrer Verdrängung befreit worden sei“. Die Altonaer Darlehnskasse, welche ca. 100,000 Mark Vorprüfungen bewilligt, hat ihre Thätigkeit, weil solche weiter nicht erforderlich erscheinen, eingestellt.

Hamburg, 3. Januar. (W. T. Z.) Heute wurden hier 2 neue Cholera-Erfahrungen konstatirt.

Am Sonnabend erkrankte, wie der „Hamb. Korr.“ erzählt, in der Gärtnerstraße in Eppendorf ein Schlächter unter verdächtigen Umständen, weshalb der gesammte vorhandene Fleischvorrath ausgenommen und vernichtet wurde. Bis heute ist indess in diesem Falle Cholera nicht konstatirt worden.

Vöckel, 2. Januar. Gestern und heute tagte hier in der „Central-Halle“ der sozialdemokratische Parteitag für beide Mecklenburger und Vöckel. Vertreten waren einige 30 Ortsdelegirte der 35 Delegirte. Die Tagesordnung umfaßte sechs Punkte. Der gestrige Tag schloß mit einem Kommerz, bei dem der hiesige Reichstagsabgeordnete Th. Schwarz die Festrede hielt. Nach der Abrechnung für die Zeit von April bis Dezember betragen die Einnahmen 971 Mark 95 Pf. und die Ausgabe 498 Mark 50 Pf. Neben den Beschlüssen gegen die Reichstagsabgeordneten des 1. und 3. Schweriner Wahlkreises beschloß die Parteitag besonders lebhaft der 4. Punkt „Agitation und Presse“. Der Redakteur der „Nordwacht“, Dagb Väst, tabelte in scharfer Rede die Art und Weise, wie die „Nordwacht“ aus Mecklenburg durch die „Mecklenburger Volkszeitung“ verdrängt werden solle. Es wurde die Einsetzung einer Preis-Kommission beschloffen. Zum Delegirten für den internationalen Kongreß in Zürich wurde der Reichstagsabgeordnete Th. Schwarz gewählt. Als Ort für den nächsten Parteitag wählte die Versammlung die Vermuthung einer Reichstagsauflösung Ausdruck und forderte die Delegirten auf, dahin zu wirken, daß sofort die Wahlbewegung beginnen könne. Den Verhandlungen wohnten zahlreiche Zuhörer bei, darunter auch Frauen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde um 6 Uhr der Parteitag geschlossen.

Meiningen, 2. Januar. Bekanntlich hat die Regierung des Herzogthums Sachsen-Meiningen seit einigen Jahren die Schiefersteins-Brennerei, die in Folge übertriebener Konkurrenz sehr darniederlag, in staatlichen Betrieb übernommen. Nach dem dem Landtag unterbreiteten Nachweise bleibt, obwohl die Einnahme aus den Schiefersteins für die nächsten drei Jahre mit 541,000 gegen bisher 555,000 Mark eingestellt ist, doch ein Jahresüberschuß von 134,000 Mark, der sich durch die vorgeschlagene Einführung des Lokomotivbetriebs wesentlich erhöhen würde. Beim Schiefersteins-Betrieb sind dabei 270 Größel-macher beschäftigt, die jährlich 270 Millionen Größel, das Laufend zu 75 Pf. liefern und sonach einen jährlichen Durchschnittsverdienst von 750 Mark haben. Die Betriebskosten erfordern 306,000, die Einnahmen betragen 363,000 Mark, so daß ein Jahresüberschuß von 57,000 Mark verbleibt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Januar. (W. T. Z.) Dem „Fremdenblatt“ zufolge steht nach den heute stattgehabten letzten Besprechungen nunmehr endgültig fest, daß die „Oesterreichische Bodencredit-Anstalt“ sich auch an den ungarischen Finanzgeschäften betheiligen wird, daß also die Zusammenfassung der Reichsbankgruppe die alte bleibt.

Peß, 3. Januar. Bei der ungarischen Aktien-Gummivaren-Fabrik wurde eine Deputa-tion von 70,000 Gulden durch einen Ober-beamten verübt.

Preßburg, 3. Januar. Der hiesige Pfarrer Davolicek forderte von der Kanzel herab die Gemeinde zum Widerstand gegen die Einführung der Zivilliste auf. Mehrere zutretende Voten für Unterschriften zu einem Proteste, welcher dem Substituirten Entschloß überreicht werden soll.

Wien, 3. Januar. In Folge der Verstaatlichung des Telephon beruht unter den hiesigen Telephon-Abonnenten eine große Erregung, weil dieselben die von der Postverwaltung beanpruchten Anlagegebühren nicht bezahlen wollen.

Frankreich.

Paris, 2. Januar. Der Anarchist Benjean, Mitglied des „Wohlfahrtsauschusses“ des Volkshauses, der in der Sylvesternacht wirklich festgenommen wurde, hat verschiedene Strafen ausgesprochen, die er sich wegen seiner räuberischen Akten zuzog. Wahrscheinlich hielt die Polizei es für klug, den Mann in dem Augenblicke, da ein Komplot für den 10. Januar, den Tag der Eröffnung der neuen Parlamentssession, geplant werden soll, hinter Schloß und Riegel zu legen. Uebrigens verbreiten Rochefort's „Intransigeant“ und ähnliche Organe schon das Gerücht, das ganze Komplot sei von dem Polizeipräsidenten Luge von dem Minister des Innern Loubet ausgeheckt worden. Wenn der Minister des Innern wenigstens Constans und der Polizeipräsident Andrieux hiesie! Wie dem auch sei, das Aufsehen, welches die Veröffentlichung der im Volksause erzwungenen Pläne verursacht, behagt mehrere Mitglieder des „Wohlfahrtsauschusses“ unangenehm. Schon hat der Sozialist Georges Bourde, Sekretär eines kommunistischen Komitees, und mit ihm auch ein Genuesenoffizier Leon Boisecroiffe seinen Austritt aus dem Wohlfahrts-Ausschusse erklärt und andere Erfordere scheinen ihr Beispiel befolgen zu sollen, denn Boisecroiffe propheet in einem Schreiben an den „Intransigeant“, das Komitee der Elf werde bald das „Komitee der Zwei oder Drei“ heißen. Boisecroiffe sagt in seinem Briefe: „Ich bin kein Anarchist und verdamme die Kampfmittel dieser Schule, die Anreizungen zur Milderung und zum Gebrauche von Sprengstoffen.“ Auch Bourde kann diese Mittel nicht gutheißen. Er ist überzeugt, daß die Durchführung des im Volksause auf Anstiften der Anarchisten beschlossenen Programms den revolutionären Sozialisten und ihrer Sache nur schaden könnte.

Paris, 3. Januar. (W. T. Z.) Die Milderung, der Minister des Innern Loubet habe seine Entlassung gegeben, wird von unterrichteter Seite für unbegründet erklärt.

Paris, 3. Januar. (W. T. Z.) Wie der „Figaro“ und der „Gaulois“ wissen wollen, hätte die Panama-Untersuchungs-Kommission in den ihr zugestellten Schriftstücken, hinreichende Beweise gefunden, um die gerichtliche Verfolgung von 4 weiteren den parlamentarischen Kreisen angehörenden Persönlichkeiten zu rechtfertigen.

Paris, 3. Januar. (W. T. Z.) Die „Libre Parole“ will wissen, der verordnete Oberst Richterlein vom Militär-Staate des Präsidenten der Republik Carnot habe einen Panama-Scheck über 3000 Franks erhalten. Das Blatt erinnert daran, daß der Tod des Obersten am 24. November erfolgt sei, also zu seiner Zeit, wo der Panamastroman seinen Anfang genommen habe.

Italien.

Rom, 2. Januar. Am Auftrage des italienischen Justizministeriums wird von dem Statistiker Jacopo Gelli über die Duelle in Italien eine sorgfältige Statistik geführt. Es geschieht dies, um die Wirkung des seit dem Jahre 1890 in Kraft stehenden Gesetzes gegen den Zweikampf feststellen zu können. Aus dieser Statistik ergibt sich, daß im Jahre 1890 an Duellen 354 getödtet wurden, im Jahre 1891 waren es nur noch 276 und im ersten Semester des laufenden Jahres gar nur 124. Vor dem neuen Duellgesetz, im Jahre 1888, hatte man 538 Zweikämpfe gezählt. Von den 276 Duellen des Jahres 1891 wurden 35 durch einen Wortwechsel veranlaßt, 33 durch Liebeshändel, 31 durch Zeitungspolemik, 15 durch politische Vorkommnisse, 10 durch Thätlichkeiten, 1 durch Spiel. Bei den übrigen blieb die Veranlassung unbekannt. Das größte Kontingent zu den Duellanten stellten die Militärs mit 90 Straffälligen, dann kamen die Journalisten mit 43, die Grundbesitzer mit 34, die Advokaten mit 31 Duellanten. 50 der Zweikämpfe hatten schwere Verwundungen und 2 den Tod des einen Duellanten zur Folge.

Mailand, 31. Dezember. In Nord-Italien herrscht schon seit Wochen eine solche Kälte, daß in den letzten Tagen mehrere der kleineren lombardischen Seen zugefroren sind. Auch an den Ufern des Comersees und des Lago Maggiore zeigen sich hier und da Anstöße zur Eisbildung, eine Erscheinung, die nur äußerst selten beobachtet wird.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 1. Januar. (W. T. Z.) Der norwegische Dichter-Politiker Björnsterne Björnson hatte sich im vorigen Frühjahr, wie damals berichtet wurde, zu Gunsten der Abtretung eines eisfreien Hafens an Rußland ausgesprochen: Er hätte nicht ein, weshalb man Rußland nicht den Gefallen thun wolle, ihm fünf Transitzonen einzuräumen, die einen jeder Ziff offenen Hafen zu überlassen. Diese einen taftvolle Äußerung Björnsons hatte den Rechten-Blättern ergiebige Gelegenheiten zu Spott und heftigen Angriffen gegen den „Hafen-abtreter“ gegeben, der in Rußland freilich, wo Zeitungen sein Bild und seine Lebensbeschreibung brachten, eine angenehme Persönlichkeit wurde. Welch fruchtbarer Boden aber die freundliche Absicht Björnsons in gewissen russischen Kreisen findet und wie anregend sie dort wirkt, davon giebt die „Moskowl. Wedom.“ Zeugnis, indem sie in einem, das nördliche Rußland in feindseliger Hinsicht überschriebenen Artikel, der hier großes Aufsehen macht, zu beweisen sucht, daß der in norwegischen Finmarken liegende Waranger Fjord russisch gewesen ist und russisch sein sollte. Rußland wird empfohlen, sich diesen Fjord im Guten oder Bösen anzueignen. In dem russischen Blatte, nach dem in früheren Zeiten die Schweden, jetzt die Engländer und die Deutschen die größten Feinde Rußlands sind, heißt es unter Anderem:

„In jedem Falle verloren wird den ausgedehnten Fjord (Waranger), der niemals jurirt und der zahlreiche bequeme Ankerplätze besitzt. Die Frage ist aber keineswegs unzulässig. Falls Erle gehörte zwar der beste Fjord nicht un-

aber er gehört doch keinem „Feind“, sondern einer freundlich gesinnten und zugleich schwachen Nation, die nie daran denken wird, sich Rußland in den Weg zu stellen, umgekehrt mit diesem Reiche ein Bündniß sucht. Zum andern giebt es auch noch andere Ankerplätze, die ebenfalls sehr gut sind. Wenn es daher folglich einmal allen klar ist, daß Rußland notwendig einen Hafen im Norden braucht, nicht einen Hafen, ohne den unsere Flotte stets in der Dofse eingesperrt werden kann, ohne den es für unsere Kreuzer keine Möglichkeit giebt, ihre Aufgabe zu erfüllen, einen Hafen, von dem aus wir in den Ozean kommen können und im Stande sind, unsere Flotte dahin zu senden, wo es für uns nöthig ist, so müssen wir uns einen solchen Hafen schaffen, „ober in der Seemanns-sprache zu reden, „Beschlag darauf legen“, es feste, was es wolle. Wie wichtig für uns ein nördlicher Hafen ist, sieht man am besten daraus, daß die Engländer uns einen solchen nicht gönnen, und aus Furcht davor suchen sie sogar die Anlegung eines solchen zu verhindern. Die Furcht des Urseines Rußlands ist erklärlich. Wenn Rußland im Norden einen Kriegshafen besäße, mit dem Centrum des Reiches durch bequeme Wege verbunden und im Besitz eines großen Kohleertrags auf Nowaja-Semlja wäre, dann würde durch unsere vorräthigen Kreuzer nicht nur die englische Handelsflotte lahm gelegt, sondern auch die Kriegsstärke der Möglichkeit beraubt werden, zum Anzuge überzugehen. Sie würde darauf angewiesen sein, ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Vertheidigung der eigenen Küsten und der zahlreichen Kolonien zu richten. Von der Marmanoff'schen können unsere Kanonen gerade nach England gerichtet werden, und zwischen uns und diesem Lande giebt es keine Dardanellen, aber eine lange Reihe zugefrorener Dächten, besetzt von Feinden und „Freunden“ germanischer Rasse, wie es in der Ofsee der Fall ist — und außerdem ist der Abland viel kürzer.“

Großbritannien und Irland.

Die Einwanderung nach England hat im verfloffenen Jahre, verglichen mit 1891, abgenommen. Im Jahre 1891 landeten in den ersten elf Monaten 35,677 Personen, die sich nicht auf die Durchreise besaßen. 1892 waren es nur 30,746. Die Hauptursache bildet ohne Zweifel der Ausbruch der Cholera in Hamburg. Aber auch die Auswanderung nach Amerika über England zeigt eine verminderte Zahl: 91,000 gegen 95,000.

Eine Warnung vor der Auswanderung nach Australien erläßt das amtliche Auskunfts-Bureau für Auswanderung in London. Es herrscht überall in den australischen Kolonien Arbeitsmangel, besonders aber in den Städten. Niemand sollte ohne Geldmittel nach Neusüdwales reisen, es sei denn, daß er schon eine Stelle dort hat. In Queensland besteht auch keine Nachfrage nach Arbeitern. In Neu-Seeland ist in den letzten zwei Monaten viel Land an Anfechtler vertheilt worden, die es nach dem „Einigen Pacht-System“ ermerben. Die Kap-Kolonie und Natal bieten gelernter Handwerker und weiblichen Dienstboten Fabrermäßigung an, obgleich die Nachfrage für solche nicht eben sehr groß ist. Das Auskunfts-Bureau warnt endlich auch wieder vor der Auswanderung nach Brasilien. Niemand sollte sich durch billige Reisegelegenheit oder Landbeschlüssen betören lassen, da das Land für britische Arbeiter ungeeignet ist.

London, 3. Januar. (W. T. Z.) Der Sekretär bei der englischen Gesandtschaft in Bern, Buchanan, ist zum Geschäftsträger in Darmstadt, der zweite Sekretär bei der englischen Botschaft in Paris, Condie Stephen, zum Geschäftsträger in Koburg ernannt worden.

Rußland.

Rußland hat es abgelehnt, mit China und England zugleich über die Abgrenzung des Pamirs zu verhandeln, und will sich mit jeder Macht einzeln in Verbindung setzen. Das es im nächsten Sommer von neuem seine Bewegungen auf Indien zu fortsetzen wird, zeigt sich schon dadurch, daß, wie die „Times“ melden, eine russische Abtheilung auf dem rechten Ufer des Pamir überwinter. Der General-Gouverneur von Turkestan, Baron Wretsch, hat den Offizieren, die an dem letzten Zug auf die Pamir-Höhebene betheiligt waren, durch einen Tagesbefehl seinen Dank ausgesprochen, besonders dem Oberst Janow, der befanntlich mit den Afghanen zusammenstieß. Der angeklagte Jern des Jarn über den Lieberer des Obersten wird also, wie schon öfters bei ähnlichen Gelegenheiten, sich in der Vereidung eines Ehrenfabels und anderer Auszeichnungen äußern.

Petersburg, 3. Januar. (W. T. Z.) Die Straßen von Petersburg sind mit solchen Schneemassen bedeckt, daß die Abfuhr erschwert ist.

Die hier mündenden Eisenbahnen erleiden überall Unterbrechungen. Personen von auswärts treffen nur in beschränkter Zahl hier ein, auch die Anfuhr von Waaren ist gehindert. Der „Petersburgerische Beobachter“ zufolge ist dem Reichsrathe ein Gesetzentwurf wegen Gründung von Abrechnungskomiteen, ähnlich dem englischen Clearing House, in Petersburg, Moskau, eventuell auch in anderen Handels- und Industrie-Hauptorten Rußlands zugegangen.

Petersburg, 3. Januar. Zur Versorgung der Nothstandsgebiete sollen verendigen 6 Millionen Rub Roggen im Kaufaus angekauft werden. Für die Verzinsungsbedürfnisse des Gouvernements Bodoni sind 300,000 Rub Mais beschafft worden.

Siga, 3. Januar. (W. T. Z.) Die letzten Bezirksgerichtspräsidenten gegen lutherische Pastoren endeten mit einer Verurteilung der Angeklagten zu mehrmonatlicher Suspendation vom Amt. Einer der Angeklagten erhielt nur einen gerichtlichen Verweis.

Dangoo, 3. Januar. (W. T. Z.) Festiger Schneesturm hat die hiesige Röhre mit Treibeis angefüllt. Ueber den Dampfer „Cypris“, welcher am Sonnabend von hier nach Stockholm ausgefahren ist, fehlen bisher jegliche Nachrichten.

Afrika.

Der bereits kurz gemeldete Vertrag mit dem Sultan Sule von Unyamweye lautet wie folgt: 1. Ich stehe bin Unyamweye, Sultan von Unyamweye, unterstelle mich, meine Nachfolger, mein Land und meine Leute Sr. Majestät dem deutschen Kaiser Wilhelm II., König von Preußen, und dessen Nachfolgern. 2. Ich gebe die ausschließliche Ent-

